

Rede Haushaltsdefizit 2010-06-16

Meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das was sie hier eben gesehen haben war absurdes Theater. Jawohl Und es war auch genau der richtige Ort für dieses absurde Theater. Denn was sich hier im Haushalt abspielt ist genauso: Absurdes Theater. Es ist völlig absurd zu glauben, wenn die Kreisumlage von 51 Punkten auf 55 Punkte, erhöht wird, wäre der Schwalm Eder Kreis gerettet. Hier wird nur der Mangel von einer Ebene, dem Kreistag auf die andere Ebene, die Gemeinden geschoben.

Und es ist absurdes Theater, wenn die Bundesregierung immer neue Aufgaben auf die Kommunen abwälzt und nichts zur Finanzierung beiträgt.

Und genau das Gleiche vollzieht sich, quasi als Duplizität der Ereignisse noch einmal:

Die Bundesregierung schiebt die Lasten der Haushaltskonsolidierung wieder dahin, wo die Schwächsten sind. Zu den Arbeitslosen und wieder zu denen, die sich am wenigsten wehren können.

Es ist absurd:

Da wird den Hartz4 Empfängern 300€ Elterngeld gestrichen. Damit soll Deutschland gerettet werden

Die Besserverdienenden aber, die mehr als 10.000€ im Monat verdienen, dürfen ihre 1800 € Elterngeld behalten Das ist absurd das ist, zynisch, das ist menschenverachtend!

Den Mövenpick und den anderen Hotelketten, denen es in der Krise nachweislich nicht schlecht ergeht, gewährt die Bundesregierung die Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf 7%.

Das ist aber nur ein Detail.

Insgesamt 8,5 Mrd. Euro Steuergeschenke an Reiche, Vermögende und Großunternehmen wird es in diesem Jahr geben.

Das merken die Kommunen sofort: Ihre Einnahmen sinken bundesweit. Zum Teil bis 80 %

Was sagt der Deutsche Städte und Gemeindebund:

Wir wissen nicht mehr, wie wir unsere gesetzlichen Aufgaben erfüllen sollen und machen immer neue Schulden. Wir sind jetzt bei 32,6 Mrd. Euro Kassenkredite, das sind eigentlich kurzfristige Hilfen, mit denen man einen Engpass überbrückt und längst finanzieren viele Städte damit Personal oder auch gesetzliche Aufgaben, die ihnen Bund und Länder gegeben haben. Das ist auf die Dauer nicht tragbar."

Jetzt gibt es einen Silberstreifen am Horizont:

Die Gewinnausschüttung der e.on. Die 1,6 Mio. Euro sind natürlich eine Entlastung des Haushaltes. Aber sie fallen nicht wie bei Sterntaler vom Himmel.

e.on hat aufgrund von Steuergeschenken der Bundesregierung und drastischen Strompreiserhöhungen saftige Gewinne gemacht. Davon bekommt der Kreis ein paar Krümel ab.

Das heißt doch: das Sterntaler Geld wurde vorher dem Steuerzahler und den e.on Kunden aus der Tasche gezogen.

Das kann es nicht sein, dass wir uns am legalen Diebstahl von e.on gesunden.

Die Sache zeigt aber noch eines: Dass es durchaus noch Einnahmequellen gibt:

e.on und die anderen Konzerne müssen nicht gigantische Gewinne zu Lasten der Steuerzahler einstecken. Diese Steuergeschenke gilt es ab zu bauen.

Dann hätten wir zwar keine Sonderausschüttungen mehr, aber dafür ein sehr, sehr viel größeren Teil an Steuereinnahmen.

Bei den Verhandlungen über die Konzessionsabgaben überlegen viele Gemeinden, ob sie die Stromdurchleitung in eigener Regie durch führen und damit die Gewinne gleich in den Kommunen bleiben.

Dies Alternative kann man nur unterstützen.

Die Frage die sich allen stellt ist die:

Wie kommen wir aus dieser Finanznot heraus

Als erste Lösung ertönt meistens der Ruf nach Gebührenerhöhungen. Klar, das ist am einfachsten zu regeln: Da genügt ein Beschluss der Gemeindevertretung. Veröffentlichung im Anzeigenblättchen. Zack und schon wir mehr Geld eingenommen.

Aber man kann Gebühren nur bis zur Kostendeckung erhöhen. Außerdem betragen die Einnahmen aus Gebühren nur 9 % der Gesamteinnahmen einer Gemeinde. Selbst saftige Gebührenerhöhungen sind da nur ein Topfen auf dem heißen Stein. Letztlich sind Gebührenerhöhungen kontraproduktiv, da sie die ärmsten, die Schwächsten am stärksten treffen, und zusätzlich Kaufkraft der Bürger schmälern, das trägt nicht zur Belebung der Wirtschaft bei, eher zu deren Rückgang.

Was ist also zu tun?

Die erste Möglichkeit ist, die Steuerpolitik zu ändern. Damit meine ich aber nicht die Überlegungen der Bundesregierung, die Gewerbesteuer abzuschaffen und stattdessen kommunale Zuschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer einzuführen. Dies würde Steuerlasten von Unternehmen auf Bürger verlagern.

Dazu bedarf es sowohl einer Steuerreform, die die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt stärkt, als auch eine Neuordnung der Finanzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Sie finden sie auf unserem Informationsblatt als Tischvorlage.

Um das zu erreichen, muss Widerstand von der Basis kommen.

Der Kreistag will die Kürzungsvorschläge des RP nicht widerspruchlos hinnehmen.

Sehr gut,

Der RP kann zwar viel anordnen, aber kann er es auch durchsetzen??

Was passiert, wenn wir seinen Anordnungen nicht Folge leisten ?

Die Gemeinden stehen vor der gleichen Situation. Was ist wenn auch sie den Anordnungen des RP Widerstand leisten??

Kann der RP in jeder Gemeinde einen Kommissar zur Durchsetzung des Haushalts einsetzen?

Die Stadt Niedenstein plant eine Verfassungsklage gegen die ruinöse Austrocknung der Kommunalfinanzen. Diese Klage sollten wir unterstützen.

Am letzten Mittwoch kündigten sozialdemokratische Kommunalpolitiker und die Gewerkschaft Verdi ein gemeinsames Vorgehen an. Dem kann man sich anschließen.

Im November plant der Städtetag eine "Städteversammlung" mit Tausenden Bürgermeistern gegen die ruinöse Finanzpolitik.

Hier im SEK ist ein Streik Tag einiger Gemeinden im Gespräch.

Da sollte man aber nicht nur die Rathäuser schließen, und die Bürger schauen sich das einen Tag lang von außen an. Wenn man Wirkung erzielen will, muss man vor allem das Bündnis mit den Bürgern suchen.

Da könnte man z.B. die Jugendzentren zum Protest mobilisieren, da könnte man mit den Kindern aus den Kindergärten auf die Straßen gehen da sollten die Nutzer der Stadtbibliotheken protestieren ebenso wie die vielen Besuche der Schwimmbäder und andere kommunaler Einrichtungen, Ein Protestzug mit städtischen Bauarbeiter in ihren Fahrzeugen macht auch einen guten Eindruck.

Und wenn dann nicht nur ein zwei Kommunen protestieren, sondern sehr, sehr viele aus dem SEK oder ganz Hessen, dann zeigt das auch Wirkung, die bis nach Wiesbaden und Berlin dringt

Und die gilt es wach zu rütteln, denn

die Kommunen stehen mit dem Rücken zur Wand. Aber es sind die Bürgerinnen und Bürger die die Suppe auslöffeln müssen. Das gilt es zu verhindern.